

von der Straßenfluchtlinie parallel zu derselben bis zur Grenze zwischen den Flurstücken 1/134 und 166/1, springt in dieser Grenze vor auf einen Abstand von 6,00 m von der Straßenfluchtlinie und verläuft in diesem Abstand parallel zur Straßenfluchtlinie bis zum Anschluß an die ostwärtige Baufluchtlinie der Straße "Roter Weg" (Landstraße II. Ordnung). Im letzten Teil, d.h. im Bereich des Flurstücks 4/1 gilt sie wieder als Baugrenze.

IV. Versorgungs- und Entwässerungsanlagen

An Versorgungsanlagen kommt der Anschluß an das Ortlichtnetz in Frage. Die hierbei entstehenden Kosten tragen die Eigentümer der Grundstücke, hierzu gehört auch die Straßenbeleuchtung. Die Häuser sind an das Wasserversorgungsnetz der Stadt Leer anzuschließen. Die entstehenden Kosten sind von den Eigentümern zu tragen. Mit Ausnahme des Lindenweges und der Straßen B und C liegen bereits Wasserleitungen in den Straßen. Bei Kanalisierung der Straßen sind die Eigentümer verpflichtet, ihre Häuser an die Kanalisation anzuschließen. Die Straßen erhalten Regenwasserkanalisation, die Kosten sind von den Eigentümern der anliegenden Grundstücke zu tragen. Die Entwässerung der geplanten Häuser hat vorerst in Grundlage der Deutschen Normvorschrift DIN 4241 "Kleinkläranlagen", Richtlinien für Anwendung, Bemessung, Ausführung und Betrieb zu erfolgen. Die Erhebung der vorgenannten Kosten des Gemeingebrauchs erfolgt nach den ortsrechtlichen Regelungen.

Durchführungsplan
NH L 5

V. Bauliche Nutzung

- *) Das Plangebiet wird als reines Wohnbaugebiet der Bauklasse Ia in offener Bauweise ausgewiesen.

- F) mit der im Plan eingetragenen Firstrichtung

*) Für die bauliche Ausnutzbarkeit der Grundstücke ist eine Bebauung von 3/10 der Grundstücksfläche mit Einfamilienhäusern zugelassen. Hinsichtlich der Höhe der Gebäude ^{Nachtrag} ~~sind~~ in Anlehnung an die vorhandene Bebauung bis zu 2 Vollgeschossen ^{im Ausnahmewege} ~~vorgesehen~~ zugelassen werden. Die Gebäude sind in Backsteinbau ^F zu errichten. Nebengebäude wie Garagen usw. haben sich in Form und Gestaltung dem Hauptgebäude anzupassen. Über die Ausnahmen entscheidet die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinde.

VI. Ordnung des Grund und Bodens

Die in die Straße fallenden Flächen sollen nach Fertigstellung der Straßen in das Eigentum der Gemeinde überführt werden. Die Straßen, Wege und Plätze werden nach ihrer Fertigstellung als öffentliche Gemeindeflächen übernommen.